Einbringung des Haushaltes 2016 für die Stadt Kamen Sitzung des Rates der Stadt Kamen am 12.11.2015

(es gilt das gesprochene Wort)

Kontinuität in bewegten Zeiten

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

vielleicht erinnern Sie sich, vor wenigen Monaten beherrschte nur ein Thema die Nachrichten und Diskussionsrunden: Griechenland - der "Grexit". Hört man noch etwas davon? Ist die Krise eigentlich bewältigt? Schlagartig war Schluss damit. Das Thema Flüchtlinge hat uns wie eine große Welle überrollt. Nach der finanziellen nun die menschliche Katastrophe. Schlimme Bilder. Ratlosigkeit. Ich denke, wir alle fragen uns, wie soll das alles bloß weitergehen? Lösungen haben wir alle nicht.

Warum setze ich diese Gedanken an den Anfang meiner diesjährigen Haushaltsrede?

Eine ganz einfache Antwort: Beides hat unmittelbare Auswirkungen auch auf unseren städtischen Haushalt. Dazu später noch im Detail. Die menschlichen Aspekte lasse ich an dieser Stelle mal ganzen außen vor.

Wie jedes Jahr präsentiere ich Ihnen einen Haushaltsplanentwurf, der sich im Spannungsfeld zwischen tagesaktuellen Einflüssen und der langfristigen Planung bis zum Jahr 2022 bewegt. Bis zum Schluss haben wir wieder auf Zahlen gewartet oder sind, wie bei den Schlüsselzuweisungen und den Abschlägen für Flüchtlinge, auch positiv überrascht worden. Im investiven Bereich, bei Förderprogrammen, ergeben sich noch viele Fragen.

Dennoch freue ich mich, Ihnen diesmal einen – auf den ersten Blick – unspektakulären Haushaltsplanentwurf präsentieren zu können, der kontinuierlich den Sanierungsprozess fortführt, Gestaltungsspielräume für die Stadt eröffnet und die Bürgerinnen und Bürger nicht weiter belastet.

Unter haushalterischen Gesichtspunkten ist das Jahr 2016 ein besonderes. Nach dem Ende 2011 vom Landtag beschlossenen Stärkungspaktgesetz werden eine Vielzahl von Kommunen im Jahr 2016 erstmals den Haushaltsausgleich darstellen müssen.

Im Kreis Unna betrifft diese Verpflichtung die sogenannten "Stufe 1-Städte" Selm und Schwerte sowie die Stadt Bergkamen auf freiwilliger Ebene mit einem sehr ambitionierten Haushaltssicherungskonzept. Danach geht es "Schlag auf Schlag", Lünen und Fröndenberg folgen 2017, Bönen 2018, Unna und Werne 2020. Wir bilden 2022 den Abschluss.

Es wird sich zeigen, wie weit es gelingt, die eingeschlagenen Konzepte in den Folgejahren erfolgreich fortzusetzen. Denn mit dem Wegfall der Konsolidierungshilfen wird das Grundproblem unserer Region, dass der Kreis Unna strukturell unterfinanziert und allein nicht in der Lage ist, die weiter steigenden Soziallasten zu tragen, unzweifelhaft weiter bestehen.

Ähnlich wie bei den Soziallasten kann man sich auch bei dem Thema Flüchtlinge des Eindrucks nicht erwehren, dass Aufnahmebereitschaft und Belastungen innerhalb Nordrhein-West-falens sehr unterschiedlich verteilt sind. Nutznießer ist die Rheinschiene. Ob es sinnvoll ist, dass gerade die Kommunen in Deutschland (und das sind im großen Maße die nordrhein-westfälischen) die meisten Flüchtlinge aufnehmen müssen, die eh schon hohe Bevölkerungszahlen haben und besondere spezifische Probleme, überlasse ich Ihrer Beurteilung. Ein signifikanter Anstieg der Bedarfsgemeinschaften bei uns im Kreis wird schon mittelfristig zwangsläufig die Folge sein. Wir werden der Integration aber einen Bärendienst erweisen, wenn wir hier einen unmittelbaren Bezug zu Steuererhöhungen herleiten.

Aber es gibt auch Licht am Ende des Tunnels.

Mit den zwischenzeitlich durch die Bundesregierung auf den Weg gebrachten Mitteln aus der sogenannten "Übergangsmilliarde", den zusätzlichen Bundesmitteln für Investitionen sowie dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz sind spürbare Entlastungen angekommen bzw. zu erwarten. Entsprechendes

gilt für Erstattungsleistungen im Bereich Asyl, die "scheibchenweise" angestiegen sind, nachdem Bund und Länder erkannt haben, dass diese gesamtstaatliche Aufgabe die Kommunen auch finanziell überfordert.

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, rückblickend ist es auch in diesem Jahr in Kamen wieder ein ganzes Stück vorwärts gegangen. In einem wichtigen Teil der Innenstadt ist nach der Eröffnung des Kamen Quadrats wieder Leben eingezogen, das große Straßenprojekt in Methler wurde abgeschlossen – auch wenn jetzt einige von Ihnen sagen "endlich", aber immerhin, wir haben noch die Kraft und die Mittel, Derartiges umzusetzen. Für den Sport geht es weiter voran, ob Bouleplatz oder Vereinsheim, wo vor einigen Tagen das Richtfest stattgefunden hat.

Der Haushaltsplanentwurf 2016 setzt den eingeschlagenen Weg fort: Vorgesehen sind Gelder für Stadtteilentwicklung, für Bürgerzentren, im großen Maße für die Schulen, für Zukunftsplanung, und es gibt die Möglichkeit, Politik und Bürgern wieder einen adäquaten Raum für parlamentarische Zwecke zur Verfügung zu stellen.

Zentrales Ziel bleibt die Verbesserung der Lebensqualität der Menschen in unserer Stadt.

Bevor ich nun die Planungen vorstelle, wie immer noch kurz ein Blick auf das laufende Haushaltsjahr:

1. Ergebnisrechnung 2015

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren,

im Haupt- und Finanzausschuss am 22.09.2015 habe ich bereits angedeutet, dass wir im laufenden Jahr eine außergewöhnlich gute Entwicklung bei der Gewerbesteuer haben. Einzeleffekte führen dazu, dass wir das geplante Ergebnis von 14,5 Mio. Euro zum Jahresende vermutlich deutlich übersteigen werden. Der Trend hat sich noch verstärkt, so dass erstmalig in meiner Amtszeit auch eine 16 am Ende möglich erscheint. Die Krux bei der Gewerbesteuer ist aber bekanntlich, dass der Grundsatz gilt, "abgerechnet wird zum Schluss". Eine einzige große Steuerrückzahlung reicht aus, um die schönsten Träume zunichte zu machen.

Die Situation ist jedenfalls deutlich entspannter als im letzten Jahr, als ich sogar die Möglichkeit eines Nachtragshaushaltes oder einer Haushaltssperre in Erwägung ziehen musste.

Es konkretisiert sich immer mehr, dass ich ein Jahresergebnis unterhalb von minus 10 Mio. prognostizieren kann. Derzeit liegen wir bei rd. 9,7 Mio. Euro. Falls es sich bewahrheitet, werden wir eine positive Planabweichung von über 2 Mio. Euro haben und in etwa das Ergebnis des Vorjahres erreichen oder sogar unterbieten.

Basis dieser Überlegungen ist die enorm aufwendige Oktoberprognose, an der alle Fachbereiche teilnehmen. Leider geht das in der Kommune nicht auf Knopfdruck. Wir können nicht auf eine monatliche sogenannte betriebswirtschaftliche Abrechnung zurückgreifen ("BWA"). Alle Ansätze werden überprüft und auch die HSK-Maßnahmen evaluiert.

Einige "Ausreißer" neben der Gewerbesteuer möchte ich noch im Einzelnen ansprechen.

Wie nicht anders zu erwarten, ergeben sich wesentliche Mehraufwendungen durch die Flüchtlingssituation. Diesen voraussichtlichen Mehraufwendungen (rund 800.000 Euro) stehen aber erhebliche Erstattungsbeträge gegenüber, die sich bei heutigem Stand in etwa ausgleichen. Ich bin sicher, Sie haben die Diskussion in den Medien verfolgt. Immer wieder hat der Bund seine Ansätze erhöht/erhöhen müssen und das Land hat die Bundeszuweisungen auch weitergereicht und selbst Beiträge geleistet. Immer wieder nehmen Bundesländer (insbesondere Bayern) für sich in Anspruch, ihre Kommunen besser zu entlasten. Mein Eindruck ist, niemand kann wegen der unterschiedlichen Systeme dazu verlässliche Aussagen treffen. Derzeit finden Gespräche der kommunalen Spitzenverbände mit unserer Landesregierung statt über die Ausgestaltung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) in den nächsten Jahren. Das Land bietet für 2016 an, 10.000 Euro pro Flüchtling und Jahr zu bezahlen und will das FlüAG in 2017 in einem grundlegenden Strukturwandel auf Monatspauschalen umstellen.

Ich kann dazu nur sagen, das System ist mir herzlich egal, hauptsächlich die Konnexität ist gewahrt und wir haben nicht nur die Arbeit, sondern bekommen auch unsere Aufwendungen erstattet. In den Jahren 2012 bis 2014 bewegte sich unser städtischer Eigenanteil bei den Aufwendungen für Asyl um 75 %. Rein rechnerisch sieht es im Moment gut aus. Der Eigenanteil ist im Oktober

auf ca. 35 % gesunken. Das ist ein ganz erheblicher Fortschritt. Allerdings muss man beachten, dass der absolute Betrag bei steigenden Personenzahlen natürlich größer wird und sich die Unterbringung in angemieteten Wohnungen bei ansteigendem Preisniveau verteuert.

Zunächst sah es so aus, dass man sich mit der Verlegung des Stichtages für die Erstattungen nach dem FlüAG eines Tricks bediente, nicht mehr Geld, sondern nur eher Geld. Ende letzter Woche nun die große Überraschung. Wir erhalten eine Sonderzuweisung für 2015, die weit über unseren Erwartungen liegt. Das ist ein vorgezogenes Weihnachtsgeschenk. Es löst zwar nicht die organisatorischen, wohl aber die finanziellen Probleme.

Ferner ergeben sich <u>Mehrerträge</u> durch Landeszuweisungen im Bereich des KiBiz (rund 900.000 Euro), denen erhöhte Betriebskostenzuschüsse gegenüberstehen (565.000 Euro) sowie Erstattungen im Bereich Jugendhilfe (450.000 Euro).

Einzelfälle beziehen sich auf eine Versicherungsleistung in einem Krankheitsfall (+ 475.000 Euro) und eine Forderungsabschreibung (- 1,5 Mio. Euro). Beim Sportplatz Heimstraße gibt es keine neue Entwicklung.

Minderaufwendungen erwarten wir beim Personalaufwand (316.000 Euro) und bei den Zinsen (618.000 Euro). Das dauerhaft niedrige Zinsniveau – für den kommunalen Bereich eine erfreuliche Folge der Euro-/Griechenlandkrise – hat uns ermöglicht, auf günstigere Kredite umzuschulden und die Kreditaufnahme wesentlich zu begrenzen. Sowohl bei den Liquiditätskrediten als auch bei den Darlehen gelingt es uns, ganz erheblich unter den Ansätzen zu bleiben. Weitere Ausführungen hierzu beim Plan für 2016.

Die angestrebte Haushaltsverbesserung durch HSK-Maßnahmen liegt im Plan.

Ich möchte Ihnen nun unsere Planungen für das Haushaltsjahr 2016 vorstellen:

2. Produktplan 2016

Jahresergebnis 2016

Die Gesamterträge des Ergebnisplans 2016 belaufen sich auf rund 104 Mio. Euro; diesen stehen Gesamtaufwendungen in einer Größenordnung von rund 114

Mio. Euro gegenüber, so dass sich ein Fehlbetrag von knapp 11 Mio. Euro (- 10.966.376 Euro) ergibt.

Auf der Ertragsseite ein Blick auf die Gewerbesteuer.

Ich bin nicht so vermessen, die diesjährige besonders gute Entwicklung 1:1 auf 2016 zu übertragen. Wir haben uns entschlossen, den Ansatz für 2016 auf 15 Mio. zu begrenzen und die Folgejahre aufgrund des weiterhin positiven Wirtschaftsverlaufs in Deutschland moderat zu steigern.

Ein ganz wichtiges Signal an unsere Unternehmen in Kamen: Auch 2016 möchte ich den Hebesatz bei der Gewerbesteuer nicht anfassen. Das gibt Planungssicherheit. Beiläufig möchte ich darauf hinweisen, dass wir dann das 5. Jahr in Folge keine Steuererhöhung bei der Gewerbesteuer haben werden.

In 2016 auch keine Steuererhöhung bei der <u>Grundsteuer</u>. Das Aufkommen der Grundsteuer B ist mit konstant 7,9 Mio. Euro halb so groß wie das der Gewerbesteuer; damit auch ein bedeutender Teil unserer Einnahmen.

Ein Blick auf NRW zeigt, dass wir nicht nur geographisch am Rande des Ruhrgebiets liegen, sondern auch am Rande der "roten Zone" mit den höchsten Steuersätzen. Es zeigt sich, dass sich in NRW eine Zweiklassengesellschaft bei den Steuersätzen herausbildet. Diese Entwicklung ist das Spiegelbild der unterschiedlichen Leistungsfähigkeit der Kommunen und erfüllt mich mit großer Sorge.

Mit 580 Hebesatzpunkten liegen wir im Kreis Unna inzwischen im unteren Bereich. Der Durchschnittswert im Kreis wird 2016 über 700 Punkte betragen.

Der <u>Gemeindeanteil an Einkommen- und Umsatzsteuer</u> wird von den Steuerschätzern für das Jahr 2016 auf rd. 8,9 Mrd. Euro mit einer deutlichen Steigerung zum Vorjahr veranschlagt. Entsprechend steigen auch die nach individuellen Schlüsselzahlen berechneten Ansätze für Kamen. Sie betragen für die Einkommensteuer (einschl. Kompensationszahlungen) rd. 18,9 Mio. Euro (2015: rd. 18 Mio. Euro) und für die Umsatzsteuer rd. 1,9 Mio. Euro (2015: rd. 1,8 Mio. Euro).

Kommen wir zum kommunalen Finanzausgleich und damit zu den <u>Schlüsselzuweisungen</u> aufgrund des Gemeindefinanzierungsgesetzes 2016.

Beim GFG 2016 hat man eine kleine Verfahrensänderung eingeführt.

Die 1. Modellrechnung des Innenministeriums und die Simulationsrechnung der kommunalen Spitzenverbände – beide auf Basis der Mai-Steuerschätzung –

ist durch eine gemeinsame Arbeitskreisrechnung beider Institutionen ersetzt worden. Damit soll den Kommunen eine frühzeitige Orientierung gegeben werden. Grundsätzliche, strukturelle Veränderungen aufgrund des FiFo-Gutachtens oder aber eine Veränderung des Verbundsatzes (23 %) sucht man weiterhin vergeblich.

Die Novembersteuerschätzung hat die bisherigen Prognosen nun förmlich pulverisiert, weil die Finanzausgleichsmasse aufgrund der positiven Steuerentwicklung so deutlich gestiegen ist. Die NRW-Kommunen erhalten danach im kommenden Jahr die Rekordsumme von über 10,38 Milliarden Euro vom Land. Für Kamen bedeutet das eine unerwartete Finanzspritze, über die ich mich sehr freue. Im Vergleich zur ersten Schätzung sind es über 700.000 Euro, im Vergleich zu den Zahlen des Vorjahres sogar fast 1,3 Mio. Euro mehr. In absoluten Zahlen heißt das, wir können mit einer Zuweisung von rd. 24,3 Mio. Euro (24.347.250 Euro) rechnen. Uns kommt zugute, dass auch der Soziallastenansatz wiederum erhöht wurde von 15,76 auf 17,63. Das kennzeichnet leider aber auch den Pferdefuß der Entwicklung aus der Sicht unserer Region. Der Anstieg kommt nicht von ungefähr, denn Indikator für den Soziallastenansatz ist die Zahl der SGB II-Bedarfsgemeinschaften und da sind wir Spitze.

Bei den ordentlichen **Aufwendungen** ist im Vergleich zum Haushaltsjahr 2015 eine Steigerung von rd. 4 Mio. Euro zu verzeichnen. Ähnlich wie im vergangenen Jahr sind insbesondere Mehrausgaben bei den sogenannten Transferaufwendungen und zu erwartende Personalkostensteigerungen dafür ursächlich.

Erwartungsgemäß stellt die <u>Kreisumlage</u> im Spektrum der Transferaufwendungen die größte Aufwandsposition dar. Der Landrat des Kreises Unna hat Anfang September das Benehmensverfahren zur Festsetzung der Kreisumlage für die Haushaltssatzung 2016 eingeleitet und die entsprechenden Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes vorgestellt. Die Berechnungen des Kreiskämmerers Dr. Thomas Wilk sehen für das Planungsjahr 2016 zwar eine Senkung des Hebesatzes von 47,52 auf 47,46 % vor, allerdings bedeutet das in absoluten Beträgen leider eine erneute Steigerung. Bezogen auf alle kreisangehörigen Kommunen steigt die Zahllast für die Allgemeine Kreisumlage um rund 8 Mio. Euro. Für Kamen ergibt sich daraus ein Anteil von 28,34 Mio. Euro, mithin eine Steigerung um rd. 910.000 Euro im Vergleich zu 2015.

Ich kann Thomas Wilk keinen Vorwurf machen für seine Hiobsbotschaft, ist er doch gezwungen die Belastungen, die ihm der LWL auferlegt, weiterzureichen.

Nach Aussage des LWL bestehe eine Deckungslücke von rd. 131 Mio. Euro vorrangig aufgrund weiterhin steigender Fallzahlen- und Fallkostenentwicklungen bei der Eingliederungshilfe. In Zahlen bedeutet das für den Kreis Unna eine Erhöhung der Zahllast im Vergleich zum Vorjahr von rd. 6,5 Mio. Euro. Da der Kreis im Wesentlichen selbst ein Sozialhaushalt ist und dort ebenfalls unvermeidbare Steigerungen zu verzeichnen sind, ist der Anstieg leider traurig, aber schlüssig.

Ich lobe den Kreiskämmerer sogar ausdrücklich dafür, dass er die bestehende bilanzielle Ausgleichsrücklage in Höhe von 2,3 Mio. Euro in vollem Umfang für den Ausgleich des Ergebnisplanes einsetzt, was den Städten und Gemeinden des Kreises direkt zu Gute kommt. Diese Vorgehensweise ist für Landkreise alles andere als selbstverständlich.

Schaut man auf die Planzahlen für die Kreisumlage in den Folgejahren, dann sind die moderaten Zahlen des Kreises, die wir übernommen haben, für uns positiv, aber auch keine Garantie. In 2016 werden sich die Zahlen der sogenannten "Rechtskreiswechsler", d.h. die arbeitslosen Flüchtlinge, in den Zahlen des Jobcenters noch nicht niederschlagen. Nach aktueller Rechtslage dauert es zwischen 15 und 18 Monate, bis Flüchtlinge anspruchsberechtigt sind. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Möglicherweise und hoffentlich wird aber auch der Kreis durch Gesetzesänderungen entlastet.

Bei den übrigen sogenannten Transferaufwendungen sind Mehrbelastungen für den <u>Jugendhilfe</u>bereich (400 Tsd. Euro) sowie Leistungen nach dem <u>Asylbewerberleistungsgesetz</u> (990 Tsd. Euro) vorgesehen. Diese Positionen sind verständlicherweise nicht verlässlich prognostizierbar.

Planbar ist dagegen die Entwicklung bei den <u>Personalaufwendungen</u>. Hier werden die Anhebungen der Bezüge im Beamtenbereich um 2,1 % und bei den tariflich Beschäftigten um 2,5 % mit rd. 850 Tsd. Euro zu Buche schlagen.

Das nachhaltig günstige Zinsniveau erfreut nicht das Herz des Anlegers, wohl aber das des Kämmerers. Wir erwarten eine Ersparnis der Zinsaufwendungen im Bereich von ca. 580 Tsd. Euro. Das hat teilweise etwas mit günstigeren Modalitäten im Zusammenhang mit Umschuldungen zu tun, teilweise mit der leicht rückläufigen Nettoneuverschuldung. Es ändert nichts daran, dass die Summe der Liquiditätskredite und Darlehen entschieden zu hoch ist. Der diesjährige Haushaltsplanentwurf sieht daher weiterhin vor, dass der "turnaround", sprich die Umkehr der Verschuldung und Rückführung der Kredite ab dem Jahr 2019 ein realistisches Ziel ist.

Der nächste Punkt, den ich ansprechen werde, die Investitionen, steht in einem direkten Zusammenhang mit dem Schuldenabbau.

3. Investive Maßnahmen 2016

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren, ja, Investitionen und Schuldenabbau das ist ein schwer auflösbarer Widerspruch.

Nun haben wir aktuell die Besonderheit, dass wir für einen kurzen Kredit kaum noch etwas bezahlen. Ein 10-Mio. Euro-Kredit mit 0,01 % Zinsen kostet im Jahr eben nur 1.000 Euro. Es wird aber sicher nicht ewig so bleiben und da verbirgt sich ein enormes Risiko.

Warum schlage ich Ihnen dennoch einen Investitionskatalog mit einem neuen Rekordbetrag vor? Antwort:

- weil wir den größten Teil durch Fördermittel finanzieren
- weil wir die einmalige Chance haben, Investitionen dadurch überhaupt in Angriff zu nehmen
- weil wir zukünftige Investitionen vorziehen
- weil wir durch Investitionen in der Zukunft sparen
- weil wir zu den Investitionen teilweise verpflichtet sind und
- weil wir die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger damit verbessern wollen.

Was heißt das im Einzelnen?

Bei einem Gesamtvolumen von über 13 Mio. Euro wird der Netto-Zahlbetrag bei 4,6 Mio. Euro liegen. Dafür sind mehrere Faktoren ausschlaggebend. Bund, Land, EU und Förderbanken bieten eine Vielzahl von Fördermöglichkeiten an. Es ist ein unglaubliches Dickicht. Mein hoher Respekt gilt den Kolleginnen und Kollegen, die das durchdringen. Hier gilt der Grundsatz, wer sich kümmert, der wird belohnt. Wer nichts macht, spart nur auf den ersten Blick und wird später vom Sanierungsstau eingeholt.

Das vom Volumen her bedeutendste Programm ist Ihnen geläufig, das im März beschlossene <u>Kommunalinvestitionsförderprogramm des Bundes (KInvFG)</u>. Es findet meine ungeteilte Zustimmung.

Die Stadt Kamen hat einen Anspruch auf rd. 3,4 Mio. Euro (3.443.872 Euro), die bis Ende 2018 investiert werden müssen. Der Eigenanteil beläuft sich auf 10 %.

Dieses Programm – auch in Anlehnung an Vorhergehende KP III genannt – hat bereits eine bewegte Geschichte, weil die jeweiligen Interessenvertreter versucht haben, sich größere Stücke vom Kuchen zu sichern. Das hat zu heftigen Verzögerungen geführt. Das erforderliche NRW-Umsetzungsgesetz (KInvFöG NRW) ist erst Anfang Oktober in Kraft getreten. Wir könnten jetzt loslegen, aber viele Detailfragen sind noch ungeklärt. So legt der Bund bspw. eine weitergehende Definition des Investitionsbegriffs zugrunde als die Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) NRW. Es lohnt sich, diese Fragen im Vorfeld auszuräumen, bevor die Fördermittel später zurückgezahlt werden müssen. Die Förderbereiche des KInvFG können Sie der Übersicht entnehmen.

Im Haushaltsplanentwurf haben wir drei konkrete Vorschläge aufgenommen, die ich gleich im Einzelnen ansprechen werde. Dabei ist eine Position mit einem Volumen in Höhe von 1,5 Mio. Euro für das nächste Jahr eingestellt, die Spielraum für den Rat lässt, sich auf diese Maßnahme zu verständigen. Es ist aber auch möglich, die Fördermittel anders einzusetzen. Es ist unrealistisch, größere Beträge für 2016 vorzusehen. Wir brauchen einen Vorlauf und haben auch noch ausreichend Zeit, denn das Gesetz begünstigt Investitionsvorhaben, die bis zum 31.12.2018 abgenommen worden sind.

Ein weiteres großes Vorhaben mit derselben Förderkulisse (90/10) kennen Sie bereits aus der Zeitung. Im Rahmen des <u>Programms "Sanierung kommunaler Einrichtungen in den Bereichen Sport, Jugend und Kultur"</u> sind 1,6 Mio. Euro vorgesehen für den Umbau des Freizeitzentrums auf der Lünener Höhe. Wir meinen, ein wichtiger Baustein zur Attraktivierung dieses Stadtviertels.

Daneben gibt es Fördermittel aus anderen Töpfen, z.B. für versch. Straßenbaumaßnahmen sowie Städtebaufördermittel für die Seseke Einbindung in die Innenstadt und die Entwicklung des Stadtteilzentrums Heeren-Werve in bedeutender Höhe.

In Ihrer Tischvorlage finden Sie wieder die Investitionen nach Gruppen aufgeteilt unter Nennung der wesentlichen Maßnahmen. Die Klammerzusätze in blau beziffern die Gesamtinvestitionssummen. Änderungen bei langlaufenden Projekten sind möglich, bspw. wenn erst später ein Förderbescheid ergeht.

Darüber hinaus finden Sie, als meinen Beitrag zu einem transparenten Haushalt, erstmalig auf 14 Seiten eine Zusammenstellung sämtlicher Investitionen im Überblick.

Ich möchte Ihr Augenmerk nun auf einige ausgewählte Positionen richten.

Beim "normalen" <u>Straßenbau</u> oder bei der Brückensanierung gibt es derzeit keine Förderprogramme. Das KInvFG hilft hier leider nicht. Wir können daher nur nach und nach einzelne Straßen in Angriff nehmen, die besonders sanierungsbedürftig sind. Die Sanierung des Nordrings hat sich etwas verzögert, weil wir uns mit Straßen.NRW abstimmen müssen.

Fast 4 Mio. Euro in 2016 für den Bereich <u>Schule/Jugend/Sport</u>. Alle Schultypen werden bedient. Vielfach handelt sich um energetische Sanierungen, die wir nicht nach dem Zufallsprinzip, sondern nach einer Prioritätenliste abarbeiten. Wir erhoffen uns davon bessere Arbeitsbedingungen für Lehrer und Schüler, aber auch Kosteneinsparungen.

Noch ein Hinweis zum Freizeitzentrum Kamen-Mitte. Die Fördermittel werden nach dem "Windhundprinzip" vergeben. Unmittelbar nach Ihrer heutigen parlamentarischen Zustimmung könnten wir die erforderlichen Anträge stellen. Wir machen uns berechtigte Hoffnungen berücksichtigt zu werden, da es bereits positive Signale aus Düsseldorf gibt.

Unter der Bezeichnung "Sanierung Bürgerhaus" verbirgt sich die eine der Maßnahmen, für die wir Fördermittel nach dem KInvFG in Anspruch nehmen wollen. Das Bürgerhaus in Methler ist in die Jahre gekommen und soll umfassend renoviert werden. 600 Tsd. Euro sind dafür vorgesehen. Der zeitliche Schwerpunkt soll in 2017 liegen. Für das kommende Jahr sind zunächst Planungskosten eingestellt.

Die <u>Feuerwehr</u> plant für 2016 die Anschaffung von zwei Löschfahrzeugen. Die Fahrzeughallen in Wasserkurl und Heeren werden auf einen zeitgemäßen Stand gebracht. Für den Rettungsdienst ist ebenfalls die Anschaffung eines Fahrzeuges notwendig.

2016 beginnt die "heiße Phase" für das Projekt "Sesekepark", das 2017 fortgesetzt wird. Parallel dazu konkretisieren sich die Überlegungen für die Investitionen in das <u>Stadtteilzentrum Heeren-Werve</u>.

Ein wesentlicher Teil entfällt auf den Bereich "allgemeine Verwaltung". Für den Erwerb von unbebauten Grundstücken, für die Bodenbevorratung, sind rd. 2 Mio. Euro vorgesehen.

Die Folgeposition zum <u>Rathaus (Maßnahmen nach dem KInvFG)</u> ist gedacht als Finanzierungsvorschlag für den Rat, wenn Sie zu dem Ergebnis kommen, dass eine Sanierung des alten Ratssaals gewünscht ist. Das KInvFG schafft Möglichkeiten, die jahrelang ausgeschlossen waren und vermutlich in absehbarer Zeit auch nicht wieder kommen werden.

Die Damen und Herren von Ihnen, die schon lange im Rat sitzen, kennen die ursprüngliche Nutzung des Ratssaales noch. Ich kenne diesen Raum nur als trauriges Möbellager. Bei der energetischen Sanierung des Rathauses 2011/2012 mussten wir diesen Teil des Rathauses aussparen, weil das Geld nicht ausreichte. Seitdem haben wir eine Bauruine zwischen dem Rathaus, mit einer - wie ich finde - sehr ansprechend überarbeiteten Front und dem Neubau des Jobcenters.

Regelmäßig kontrollieren wir die Fassadenplatten darauf, dass sie sich nicht aus der Verankerung lösen. Schon ein Sachverständigengutachten aus 1998 belegt, dass "es sich um einen sehr weichen Marmor handelt, der für solche Fassadenarbeiten überhaupt nicht geeignet ist" (so der öffentl. best. Gutachter Stegemann, 16.04.1998). Mit den letzten Baumaßnahmen wurde nicht nur eine zeitgemäße energetische Sanierung erreicht, vor allem wurden auch die besonders eklatanten Sicherheitsrisiken auf der Südseite beseitigt.

Meine Fachleute sagen mir, dass wir mittelfristig nicht drum herum kommen, auch die restliche Fassade in Angriff zu nehmen. Die Rede ist von einem Austausch innerhalb der nächsten 5 Jahre. Nun muss man wissen, dass wir nicht einfach nur die Platten ersetzen können. Bei öffentlichen Gebäuden sind wir an die Energieeinsparverordnung (EnEV) 2014 gebunden. Sie müssen auch an die Fenster, an das Dach, etc. Wir veranschlagen dafür einen Betrag von 360-400 Tsd. Euro, der zwar zu 90 % nach dem KInvFG förderfähig wäre, aber innen wären wir keinen Schritt weiter.

Als Alternative könnte man darüber nachdenken, den ganzen Bereich abzureißen. Abgesehen davon, dass wir den kleinen Sitzungssaal und die Kantine einbüßen würden, auch das ist mit beträchtlichen Kosten verbunden (ca. 300-400 Tsd. Euro), und es ist nicht förderfähig.

Damit komme ich zu der Variante: Sanierung des Gebäudes innen und außen mit der Wiederinbetriebnahme des Ratssaales. Zusätzlich zu den zuvor angesprochenen Kosten der Fassadensanierung addieren sich noch rd. 800.000 Euro, so dass wir von einer Gesamtsumme von rd. 1,2 Mio. Euro ausgehen, die im Wesentlichen nach dem KInvFG zu 90 % förderfähig wäre. Weitere Module wie bspw. ein Fahrstuhl kämen hinzu. Dieser Betrag beinhaltet weder Medientechnik noch Einrichtungsgegenstände und auch keine Extras wie Veränderungen beim Raumzuschnitt durch bewegliche Wände o.ä., aber einen modernen und angemessenen Ratssaal, der zudem auch für eine Vielzahl anderer Veranstaltungen genutzt werden könnte.

Jetzt ist es an Ihnen eine Entscheidung zu treffen.

Bei der Ersatzbeschaffung von Fahrzeugen ist erwähnenswert, dass wir für die Servicebetriebe einen PKW als reines Elektrofahrzeug kaufen wollen. Der Kauf fällt ebenfalls unter das KInvFG. Sollte sich die Praxistauglichkeit herausstellen, wird es vermutlich nicht die letzte Anschaffung dieser Art sein.

Hinter der Bezeichnung "digitale Ratsarbeit" verbirgt sich die geplante Anschaffung von IPads für Sie, für alle Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter. Zur Erläuterung: Die aufgeführten Beträge enthalten Hardware und Software.

4. Hochrechnung bis 2022

Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren, Sie wissen es längst, den Fehlbetrag des Jahres 2016 muss man im Zusammenhang sehen mit der Fortschreibung der Jahresergebnisse und des Kapitals bis einschließlich 2022. Nach Saldierung des Verlustes 2016 mit dem Eigenkapital werden wir am Ende des kommenden Jahres noch über einen Jahresendbestand von rund 40 Mio. verfügen.

Die Ergebnissimulation verdeutlicht, dass sich die Jahresfehlbeträge kontinuierlich bis zum Jahr 2021 reduzieren werden und gleichzeitig in dieser Höhe das Kapital schmälern. Im Jahr 2022 wird erstmalig ein "schwarzer" Betrag beim Ergebnis stehen, nach heutiger Berechnung voraussichtlich 318.000 Euro. Zu diesem Zeitpunkt wird das Eigenkapital noch etwas über 25 Mio. betragen.

Ich bin sicher, dass die Kommunalaufsicht unter diesen Voraussetzungen die Haushaltssatzung 2016 und das fortgeschriebene HSK 2016 genehmigen wird.

Das entnehme ich bereits den ersten Reaktionen des Kreiskämmerers, dem ich gestern unseren Planentwurf vorgestellt habe.

Die erheblichen Einsparungen aufgrund der HSK-Anstrengungen finden Sie in Ihren Unterlagen. Die zugrundegelegten Eckdaten und Schätzungsgrundlagen entsprechen den Vorgaben des Innenministeriums.

5. Gebührenhaushalte

Am Ende meines Vortrags wie gewohnt der Blick auf die Gebührenhaushalte und zunächst die Grundbesitzabgaben.

Wir werden im kommenden Jahr Ausschläge bei den einzelnen Gebührenarten haben, die sich im Ergebnis aber weitgehend ausgleichen.

Die <u>Abfallgebühren</u> werden insgesamt leicht steigen, auch wenn beim Biomüll keine Änderung erforderlich ist. Ursächlich ist die Entwicklung beim Restmüll. Es ist es nicht möglich, die Mehrkosten - bedingt durch die Altpapiercontainer und den zusätzlichen Pflegeaufwand im Stadtgebiet (u.a. durch Müllentsorgung entlang des Seesekeradweges und des Galgenberges) - zu kompensieren. Die 80 Liter Standardtonne wird sich 2016 um 16 Euro verteuern.

Die Bürgerinnen und Bürger, die zur <u>Straßenreinigung</u>sgebühr herangezogen werden, können sich über eine Gebührensenkung von 16,4 % freuen. Teilweise ist das dem korrigierten Eigenanteil der Stadt geschuldet, der nun aus dem allgemeinen Haushalt finanziert werden muss, aber ganz entscheidend ist der ausgefallene Winter. Ich schlage vor, die Überdeckung nicht voll auszukehren, sondern Vorsorge für zukünftige Entwicklungen zu treffen.

Der Betriebsausschuss hat bereits am 2. November getagt und einen leichten Anstieg bei den Gebühren für <u>Schmutz- und Niederschlagsabwasser</u> beschlossen. Hintergrund sind neben der bekannten demografischen Entwicklung höhere Kosten des Lippeverbandes, die uns in Rechnung gestellt werden.

Die <u>Grundsteuer</u> bleibt - wie erwähnt - unverändert. Unterm Strich ergibt sich bei den Grundbesitzabgaben damit ein Anstieg von 13 Euro im Jahr, also rund 1 Euro monatlich.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch unsere Stadtwerke erwähnen. Die in der letzten Woche beschlossenen Gebührensenkungen der GSW bei Strom und Gas drücken zwar "meine" Gewinnbeteiligung, für die Kunden sind sie aber höchst erfreulich. Insgesamt wird die private Haushaltskasse 2016 etwas entlastet.

Bei den übrigen Gebühren kann ich mich kurz fassen hinsichtlich der <u>Märkte</u> und des <u>Rettungsdienstes</u>. Die Gebühren für die Märkte sind auskömmlich, eine Änderung ist nicht geboten. Beim Rettungsdienst werden die Leistungen – über alles gesehen – deutlich günstiger.

Anders sieht es aus beim <u>Friedhofs- und Bestattungswesen</u>. Hier ist eine strukturelle Anpassung notwendig. Das hat im Wesentlichen zwei Gründe. Zum einen ist ein deutlicher Wandel bei den nachgefragten Leistungen festzustellen, zum anderen stehen wir im Wettbewerb mit anderen Friedhöfen.

Erdbestattungen sind stark rückläufig, überwiegend werden Urnenbestattungen gewünscht. Die Grabfläche als bisheriger maßgeblicher Faktor für die Gebührenhöhe bei den Grabnutzungsrechten ist ungeeignet. Nicht der Faktor Fläche, sondern die hohen Fixkosten wie Personal und bauliche Unterhaltung der Wege und Gebäude schlagen sich in der Kalkulation nieder. Bisherige Standardleistungen werden immer weniger nachgefragt. Bestatter haben eigene Trauerhallen und Leichenzellen. Gleichzeitig müssen wir die Infrastruktur auf einem zeitgemäßen Stand halten.

Eine Anhebung der Gebührensätze für 2016 ist so oder so zwingend erforderlich. Die pauschale Erhöhung aller Gebührensätze läge bei einem deutlichen zweistelligen Prozentsatz. Folge wäre eine in sich nicht ausgewogene Kalkulation und die Gefahr, dass einzelne Angebote überhaupt nicht mehr in Anspruch genommen werden (Bsp. Trauerhalle).

Die Neufassung der Satzung sieht daher vor, die Gebühren für die Urnennutzung in einem einmaligen Schritt auf ein höheres Niveau zu bringen, um zukünftig eine Gebührenstabilität zu erreichen. In einigen Bereichen haben wir die Gebühren gesenkt. Die neuen Gebührensätze ab 2016 liegen im interkommunalen Vergleich der Nachbarkommunen im Mittelfeld.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren,

Fazit nach allem: wir sind im Plan! Wir sind weiterhin konsequent und erfolgreich unterwegs, am Ende des definierten Zeitraums einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Dieses finanzpolitische Ziel ist allerdings nur Mittel zum Zweck. Die Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt interessieren sich nicht für unsere Zahlenkünste, wir werden gemessen an Lebensqualität und Lebenshaltungskosten. Was tun wir für Bildung, Arbeit, Kultur, Sport, Umwelt und Infrastruktur einerseits und wie hoch sind Steuern und Gebühren andererseits?

Auf den zweiten Blick ist der Haushalt dann vielleicht doch nicht so unspektakulär. Bitte führen Sie sich das enorme Investitionsvolumen vor Augen. Wir schöpfen Fördermittel aus. Wir machen uns Gedanken. Wir wollen etwas bewegen. Es geht voran.

Und im Gegenzug, was sich nicht bewegt, sind die Steuern und mit kleinen Abstrichen die Gebühren.

Das ist heute nicht mehr ganz so alltäglich – schauen Sie mal nach rechts und nach links.

Von Jahr zu Jahr zeigt sich immer deutlicher, dass es klug war, einen möglichst langen Konsolidierungszeitraum zu wählen.

Zugegeben, ein Teil ist Glück der Tüchtigen. Aber vieles bei so einem Haushalt fällt uns nicht in den Schoß. Es ist ganz wesentlich auch das Ergebnis kollektiver Sparbemühungen des ganzen Hauses. Mein herzlicher Dank gilt daher den Kolleginnen und Kollegen der Kämmerei und den vielen anderen, die engagiert mitgewirkt haben.

Mit Sorge sehe ich, dass es kaum noch vertretbar ist, Ansätze weiter zu reduzieren. Und mit noch größerer Sorge beobachte ich, wie viele meiner Kolleginnen und Kollegen bereits am Anschlag arbeiten. Einsparungen bei gleichbleibend hohem Niveau, das geht auf Dauer nicht gut.

Da dies der letzte Haushalt ist, den ich einbringe, gestatten Sie mir zum Schluss einige persönliche Anmerkungen.

Ich stehe hier heute zum sechsten Mal vor Ihnen und jedes Jahr habe ich gehofft, dass es – trotz unterschiedlicher politischer Vorstellungen – einmal gelingen möge, die Zustimmung aller Fraktionen für einen Haushaltsplanentwurf zu erhalten.

Denn so wie in den zurückliegenden Jahren ist auch der in diesem Jahr keine Zuarbeit für eine Fraktion, sondern es ist das Ergebnis intensiver Arbeit der Kolleginnen und Kollegen, die aus dem Blickwinkel ihres Fachbereichs die bestmögliche Erledigung städtischer Aufgaben erstreben.

Dabei nehme ich nicht in Anspruch, dass so ein Entwurf fehlerfrei ist, aber zunächst ist er in sich stimmig. Kritik ist immer erwünscht, aber ich bin angewiesen auf finanzierbare und realisierbare Gegenvorschläge. Kompromisse müssen wir alle eingehen.

Gerade bei einer so angespannten Haushaltslage in einer so strukturell schwachen Region wünschte ich mir eine Zusammenarbeit der Fraktionen, die häufiger mehr sachorientiert als politisch motiviert ist. Wir sind hier auf der Ortsebene! Und ich bin überzeugt, alle wollen das Beste für ihre Stadt. Sind die Schatten, über die man springen muss, immer so weit?

Denn eins verspreche ich Ihnen, die nächsten Jahre werden mit Sicherheit nicht einfacher. Im Moment haben wir noch ein gutes Wirtschaftswachstum, minimale Zinsen, geringe Arbeitslosenquoten und einen halbwegs stabilen Euro. Zukünftig werden unsere Spielräume immer kleiner. Häufig wird man dem Bürger sagen müssen, das geht leider nicht (mehr).

Ich danke Ihnen für die freundliche und gute kollegiale Zusammenarbeit in den fünfeinhalb Jahren, die für mich wie im Fluge vergangen sind. Manchmal haben wir uns gestritten. Das gehört auch dazu. Ich meine, wir können uns gleichwohl noch in die Augen sehen.

Viel Erfolg für Ihre Beratungen in den nächsten Wochen. Die Verwaltung steht Ihnen wie gewohnt mit Rat und Tat zur Verfügung.

Ich wünsche Ihnen und der Stadt Kamen alles Gute. Herzlichen Dank und Glück auf.